

von  
Andrea Höing

# Waldbrände in Indonesien

## Ein kurzer Überblick über eines komplexes Thema

*Die Autorin arbeitet am Institut für Orient- und Asienwissenschaften an der Universität Bonn. Sie ist Doktorandin am Lehrstuhl für Südasienswissenschaften.*

In Indonesien herrschten 2015 großflächige unkontrollierte Wald- und Landschaftsbrände, die es zum drittgrößten Treibhausgasverursacher der Welt werden ließen. Mehr als 2 Millionen Hektar Wald sind zwischen Juni und Oktober 2015 abgebrannt. Der CO<sub>2</sub> Ausstoß war doppelt so hoch wie die jährliche Emissionsrate in Deutschland. Über 100.300 Todesfälle sind auf den giftigen Rauch der Brände zurückzuführen. Bei weiteren 500.000 Menschen führte er zu Atemwegserkrankungen. Indonesien erlitt einen wirtschaftlichen Verlust von über 16 Milliarden US-Dollar (doppelt so viel wie durch den Tsunami in Aceh im Jahr 2004).

Schon seit 1978 werden Wald- und Landschaftsbrände in Indonesien dokumentiert. Es lässt sich beobachten, dass diese an Häufigkeit und Ausmaß stark zugenommen haben. Mittlerweile kommt es annähernd jedes Jahr zu größeren Waldbränden. Besonders zerstörerisch wirkten sie sich in trockenen El Niño Jahren aus (u. a. 1982–1983, 1997–1998, 2006–2007 und 2015). Indonesiens Wald- und Landschaftsbrände unterscheiden sich von denen vieler anderer Länder dadurch, dass großflächige Torfmoorgebiete betroffen sind. Zwischen Juni und Oktober 2015 brannten 21.000 km<sup>2</sup> Torfmoorgebiete und Waldflächen, was ungefähr der Größe Sachsen-Anhalts entspricht. Die Brände führten zu einem CO<sub>2</sub>-Ausstoß von über 1,6 Milliarden Tonnen.

Waldbrände sind nicht immer etwas Negatives, denn manche Wälder benötigen die natürliche Säuberung des Unterholzes und manche Pflanzenarten brauchen Feuer, um sich fortzupflanzen. Dies gilt aber nicht für Indonesiens Torfmoorwälder, die im intakten Zustand Feuchtbiotope sind, bzw. waren und Bränden somit standhalten konnten.

### Brennende Torfwälder

Torfmoorgebiete zählen zu einem der größten natürlichen Kohlenstoffspeicher. Im Jahr 2016 beliefen sich Palmölplantagen landesweit auf 11,6 Millionen Hektar, viele davon befinden sich auf Torfmoorgebieten. Um diese für den Anbau von Ölpalmen nutzbar zu machen, müssen sie mit Hilfe von Kanälen trockengelegt werden, dies zerstört u. a. die hydrologischen Bodeneigenschaften. In der Regenzeit kommt es zu Überschwemmungen, in der Trockenzeit ist der Boden hingegen viel anfälliger für Brände. Brennen Torfmoorgebiete, wird neben gespeichertem CO<sub>2</sub> auch Methan freigesetzt, welches 20-mal so effektiv ist, Wärme in der Atmosphäre zu halten, als das bekanntere Treibhausgas CO<sub>2</sub>. Eine Schwierigkeit, Feuer auf Torfmoorgebieten zu bekämpfen besteht darin, dass Schmelbrände entstehen, die sich unterirdisch ungesehen ausbreiten können. Die sehr kostenintensiven, häufig eingesetzten Löschflugzeuge und Helikopter sind nur bedingt effektiv, da die

*Waldbrand  
in Sabangau  
© Alex Allsop,  
Borneo Nature  
Foundation*



Brände zusätzlich unter der Erde von Bodenteams gelöscht werden müssen. Die Oberflächenspannung von Torf verhindert das Durchdringen von Wasser zu den Feuerherden. Der El Niño ist ein Faktor, der zu dem Ausmaß der Brände beitrug, ein weiterer Faktor ist die beschriebene großflächige Landnutzungsumwandlung besonders von Torfmoorgebieten.

### Wer sind die Brandstifter?

Trotz der verheerenden Ausmaße der Brände und Schwierigkeiten diese unter Kontrolle zu bekommen, wollte Indonesiens Regierung das Geschehen lange Zeit nicht als »nationale Katastrophe« einordnen. Auf der anderen Seite sprachen viele Medien von einer Katastrophe, es ging sogar soweit, dass die Brände als »eines der größten Verbrechen gegen die Menschheit« bezeichnet wurden. Der dicke, giftige Rauch sorgte auch international für Schlagzeilen, denn er breitete sich ebenfalls in Nachbarländer aus, auch Malaysia und Singapur waren stark betroffen. Indonesien wurde unter internationalen Druck gesetzt zu handeln.

Da die Brände fast ausschließlich durch Menschen verursacht wurden, spielte die Frage der Schuldzuschreibung eine große Rolle. Es wurden verschiedene Personengruppen verantwortlich gemacht: Kleinbauern, die Brandrodung nutzen, um den Boden fruchtbar zu machen bis hin zu Plantagenbetreibern, die kostengünstig Land erschließen wollen. Doch hinter den Gründen für die »Brandstiftung« stehen wesentlich komplexer Interessen und soziale Strukturen. Auf Sumatra wurde durch CIFOR-Studien eine Art Land-«Mafia» ausfindig gemacht, die verbranntes Land zu wesentlich höheren Preisen verkaufen konnte als ungerodetes Land. In Zentralkalimantan kam es häufig zu Bränden auf Flächen, die in der Raumplanung noch nicht eindeutig als Wald- oder Nicht-Waldgebiet ausgewiesen wurden. Diese Flächen sind von besonderem Interesse, wenn es um die Konzessionsvergabe für Palmölplantagen geht, welche nur auf »Nicht-Wald« klassifizierten Gebieten zugelassen sind. Verbrannte »Wald«-Gebiete können oft umkategorisiert werden in »Nicht-Waldgebiete« und so schließlich als Konzessionen verpachtet werden.

Anfang 2014 hat Indonesien die ASEAN Vereinbarung, die Feuer als Methode der Landumwandlung als illegal deklariert, unterschrieben. Dementsprechend gilt eine so genannte »Zero Burning Policy«. In Dörfern wird diese durch Militär und Polizei in jüngster Zeit strikter durchgesetzt. Bauern, die ihr Land durch Brandrodung nutzbar machen, drohen hohe Geldstrafen oder mehrjährige Haftstrafen. Firmen hingegen, die nachweislich Brandrodung genutzt haben, werden kaum belangt. Es wurden komplexe Netzwerke sozialer Beziehungen



und Machtverhältnisse zwischen Politikern und Firmen in verschiedenen Studien nachgewiesen. Diese verhindern, dass Firmen, die Brandrodung betreiben, zur Rechenschaft gezogen werden.

Demonstration  
»gegen Rauch«  
(asap) in  
Palangkaraya  
© Andrea Höing

### Gegenmaßnahmen

Neben der strikteren Umsetzung der »Zero Burning Policy« ist eine weitere Strategie der Regierung, um zukünftige Wald- und Landschaftsbrände zu verhindern, Torfmoorökosysteme zu renaturalisieren. Ein erster Schritt ist es die Gebiete feucht zu halten, dazu werden Kanäle gedämmt. Die Regierung in Jakarta hat im Jahr 2016 eine Torf-Rekultivierungs-Behörde (Peatland Restoration Agency: BRG – *Badan Restorasi Gambut*) geschaffen. Deren Aufgabe ist es bis zum Jahr 2020 ca. 2 Millionen Hektar degradiertes Torfmoorgebiet wieder zu bewässern. Während dies zunächst sicherlich als eine begrüßenswerte Initiative betrachtet werden kann, bestehen jedoch massive Probleme in der Umsetzung. Zum einen ist der vorgegebene Zeitraum sehr kurz und es ist nicht sichergestellt, dass die Behörde nach 2020 bestehen bleibt. Zum anderen hat die Behörde eine relativ schwache Position. In Riau auf der Insel Sumatra wurde die Arbeit der MitarbeiterInnen des BRG sowie die Untersuchungen des Umwelt- und Forstministeriums, unter Gewaltanwendung und Einsatz von Militär und Polizei behindert und gestoppt. Dabei handelte es sich nur um eine kleine Firma – es ist anzunehmen, dass große Firmen und Konzerne wesentlich mehr Einfluss und Macht haben. Eine weitere Herausforderung ist es, gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung vor Ort zu arbeiten, so dass Interessenkonflikte vermieden werden können, z. B. das Dämmen von Hauptverkehrsrouten (für viele Dörfer sind die Kanäle die Haupttransportwege). Das benötigt Zeit, die dem BRG nur begrenzt zur Verfügung steht.

Neben all den Bemühungen der Regierung zukünftige Brände zu verhindern, gibt es immer wie-

der Nachrichten, die die Interessenskonflikte verdeutlichen. Im November 2017 hat Indonesiens höchstes Gericht eine Ministerialverordnung abgelehnt, die Firmen dazu aufforderte, kohlenstoffhaltige Konzessionsgebiete (z. B. Torfmoorgebiete) aufzugeben und unter Schutz zu stellen. Geschäftsleute, Politiker und Gewerkschaften argumentierten, dass dies zu wirtschaftlichem Verlust und zu Entlassungen führen würde. Die Regierung Indonesiens versicherte nach dem Urteil, dennoch den Schutz der Moore sicher zu stellen. Unterstützung erhält sie hierfür auch aus dem Ausland, z. B. aus Norwegen, den Niederlanden, USA und Großbritannien. Auch Deutschland hat Ende des Jahres 2015 durch das *Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* 555 Millionen Euro für Entwicklungszusammenarbeit in Indonesien mit einem Fokus auf die Bekämpfung des Klimawandels zugesagt. Auf einer Veranstaltung der Indonesischen Botschaft in Berlin im Dezember 2015 wurde von einem indonesischen Politiker erklärt, dass die Palmölplantagen alle Anforderungen an die Verwendung des Geldes erfüllen würden. Die Palmölindustrie sei ein wichtiger Faktor für Indonesiens Wirtschaft. Es ist zu hoffen, dass die Verwendung der Gelder ausreichend kontrolliert wird, so dass sie nicht zur weiteren Landnutzungsumwandlung von Monokulturen verwendet werden.

### Wir klagen an

Die Auswirkungen der Brände und der Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene wirken sich in anderem Ausmaße auf die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten aus. In Palangkaraya auf der Insel Borneo war die Luftverschmutzung durch Kohlenstoffmonoxid um das Fünf- bis Zehnfache der von der WHO (Weltgesundheitsorganisation) als gefährdend eingestuften Wert im Jahr 2015 überschritten. Die Sichtweite betrug über Wochen wenige Meter. Das öffentliche Leben war stark eingeschränkt. Geschäfte und Schulen waren geschlossen und Flüge wurden gestrichen. Sauerstoffzelte standen der Stadt(!)bevölkerung in begrenztem Maße zur Verfügung. Viele davon wurden von lokalen und internationalen NGOs aufgebaut, so dass Betroffene für eine kurze Zeit saubere Luft atmen konnten, denn angemessene Atemschutzmasken standen nur begrenzt zur Verfügung, z. T. wurden nur Hygiene-Mundschütze benutzt. Die Menschen, die es sich leisten konnten, haben häufig das Gebiet zeitweise verlassen. Eine Konsequenz der oben beschriebenen nicht erfolgten Kategorisierung der Brände als »nationale Katastrophe« war, dass Menschen nicht von der Regierung evakuiert wurden und NGOs zum Teil nicht die Genehmigung erhielten Menschen auf eigene Initiative zu evakuieren.

Vertreter der Zivilgesellschaft haben am 16. August 2016 eine Klage (*»Citizen Law Suit«*) gegen sieben Regierungsmitglieder eingereicht, gegen: Präsident Jokowi, die Umwelt- und Forstministerin, den Agrarminister, den Agrar- und Raumplanungsminister, den Gesundheitsminister, den Gouverneur von Zentralkalimantan, und das Abgeordnetenhaus Zentralkalimantans. Mit der Klage wurde die Unterlassung oder Nichteinhaltung gesetzlicher Verpflichtungen der Regierung in Zusammenhang mit Waldbränden und Rauch in Zentralkalimantan angekreidet. Man forderte unter anderem eine Entschuldigung des Staates und die Anerkennung des Rechts auf eine gesunde Umwelt als Menschenrecht, welches durch die Brände und den Rauch eingeschränkt wurde. Nach einem ersten gerichtlichen Erfolg im März 2017 legten einige Beklagte Widerspruch ein. Die »Antirauch Bewegung« (*GAAS – Gerakan Anti Asap*) Palangkarayas hat unter dem Motto »Freiheit vom Rauch« (*Merdeka dari Asap*) verschiedene Demonstrationen durchgeführt und für alle Bürger/Innen Kalimantan Umweltgerechtigkeit gefordert. Forderungen waren unter anderem ein striktes Durchsetzen der Gesetze, das Einziehen von Konzessionen für illegal produzierende Palmölfirmen, aber auch die Errichtung von Krankenhäusern für Herz- und Atemwegserkrankte, die auf den Rauch zurückgeführt werden können.

Auf Dorfebene leidet die Bevölkerung unter der *»Zero Burning Policy«*, denn Brände sind nicht nur die kosten- und zeiteffektivste Form in Torfmoorgebieten Kleingärten anzulegen, sondern durch die Brände verringert sich zusätzlich der Säuregehalt im Boden, die Asche macht das Land fruchtbarer und durch die Hitze werden Insekten getötet, die als Pest über Reis und Gemüse herfallen. Für Dorfbewohner ergeben sich Mehrkosten von über 400 Euro pro Familie pro Jahr nur um den günstigsten, häufig unangenehm riechenden Reis zu kaufen, der sonst selber angebaut worden wäre. Um den Lebensunterhalt der lokalen Bevölkerung zu sichern, sind alternative Methoden der Landwirtschaft und Einkommensquellen dringend nötig. Ein flexibler Ansatz, der die lokale Bevölkerung in den Fokus von Renaturierungsmaßnahmen rückt und auf Augenhöhe mit den Menschen vor Ort arbeitet, ist essenziell.

Auf der Klimakonferenz in Bonn 2017 wurde bekannt gegeben, dass die Brände in den Jahren 2016 und 2017 um 80 bis 90% zurückgegangen sind. Während dies eine erfreuliche Nachricht ist, muss dabei jedoch in Betracht gezogen werden, dass verstärkte Regenfälle in diesen Jahren (auch in der Trockenzeit) sicherlich nicht unerheblich zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Es bleibt abzuwarten, ob es auch in Zukunft, besonders während des nächsten El Niño Jahres, bei diesen positiven Entwicklungen bleibt. ■